

## **Die Mine Yanacocha und ihr Bezug zur deutschen Politik**

### **I. Deutscher Bundestag: Drucksache 13/1511 vom 29.05.1995**

Antwort der Bundesregierung auf die **Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Uschi Eid** und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/1170 : Beteiligung der Deutschen Entwicklungsgesellschaft und der International Finance Corporation an Goldbergwerksprojekten im erdbebengefährdeten Gebiet in Peru.

1. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die International Finance Corporation (IFC), Tochter der Weltbank, und die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) in der Provinz Cajamarca, Peru, an Goldbergwerksprojekten im stark erdbebengefährdeten Gebiet beteiligt sind?

*Die Bundesregierung ist über die Gewährung eines DEG-Darlehens an die Minera Yanacocha S.A., Lima (Peru) für ein Goldbergbau-Vorhaben in der Region Cajamarca und über eine finanzielle Förderung des gleichen Vorhabens durch die IFC informiert.*

2. Die verwendete Technik der Zyanidlaugung hinterläßt große Teiche mit zyanidhaltiger Lösung. Wie beurteilt die Bundesregierung die Beteiligung der unter Frage 1 genannten Institutionen an dem Projekt, bei dem bislang nur eine unzureichende Absicherung gegen eine Giftflut im Falle eines Erdbebens vorgesehen ist?

*DEG und IFC haben schon früher und aus Anlaß der vorliegenden parlamentarischen Anfrage schlüssig und glaubhaft dargestellt, daß die bestmöglichen (Industrieland-Standard) Schutzvorkehrungen zur Vermeidung seismisch bedingter toxischer Wirkungen durch produktionsbedingte Abwasserunreinigungen getroffen wurden. Die Bundesregierung sieht keinen Grund, die Aussagen anzuzweifeln.*

3. Wird die Bundesregierung ihren Einfluß bei der Regierung von Peru dahin gehend geltend machen, daß die ansässigen Kleinbauern, die im Zuge der Minenprojekte ihr Land verlieren, gleichwertiges Land mit gesicherten Rechtstiteln zum Ausgleich erhalten?

*DEG und IFC haben versichert, daß die Betreibergesellschaft mit den von der Mine betroffenen Landnutzern ein ganzes Bündel rechtlich unbedenklicher und fairer Abmachungen wirtschaftlicher und sozialer Art getroffen hat, Zurverfügungstellen sicheren Ersatzlandes eingeschlossen. Die Bundesregierung sieht daher keine Veranlassung, bei peruanischen Stellen vorstellig zu werden.*

4. Direkter Land- und Wasserverbrauch sowie die Gefährdung des Trinkwassers bedrohen die Lebensgrundlage der Landbevölkerung. Wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, daß gezielt die Lebensverhältnisse der Landbevölkerung verbessert werden?

*Aus den Antworten auf die Fragen 2 und 3 ergibt sich, daß die bestmöglichen Vorkehrungen zur Sicherung der Qualität des Trinkwassers getroffen wurden, daß die Lebensgrundlagen der Bevölkerung also nicht beeinträchtigt sind. Die Bundesregierung sieht insofern keinen Anlaß zu Maßnahmen im Sinne der Frage.*

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 23. Mai 1995 übermittelt.

### **II. Der deutsche Botschafter in Peru** (nähere Informationen in „Das Gold von Cajamarca“)

Am 11. 11. 1999 kam es in Cajamarca zur ersten massiven Demonstration gegen die Mine. Die Universität Cajamarca (Professoren und Studenten) übernahm die Vorbereitung und die Organisation der

Demonstration. Über dreißig Organisationen beteiligten sich an der Demonstration, darunter Lehrer und Studenten der Pädagogischen Hochschule, einige staatliche Schulen (keine Privatschulen), Vertreter der Rondas Campesinas, Gewerkschaften, Abordnungen der verschiedenen Stadtteile und politische Parteien aller Couleur. Die Hauptforderung war, den Berg Quilish für „unantastbar“ zu erklären. Nach den der Allgemeinheit erst kürzlich bekannt gewordenen (aber von vorneherein beabsichtigten) Plänen der Minengesellschaft soll nun auch in dem Sektor Gold gefördert werden wird, der in bedrohlicher Nähe der Stadt liegt. Die Aktivitäten der Mine rücken nun auch im buchstäblichen Sinn ins „Blickfeld“ der Städter. Verschärft wird die Situation aber dadurch, dass in dem Sektor Quilish 70% der Trinkwasservorräte für Cajamarca „gespeichert“ sind. Der betroffene Berg Quilish wirkt geologisch gesehen wie ein Schwamm, der den größten Teil des auf Cajamarca zufließenden Wassers speichert. Auch die Anlage zur Trinkwasserzubereitung liegt in diesem Sektor. Das Wasserspeicherbecken ist auch für tausende Campesinos in unmittelbarer Nähe der Stadt lebensnotwendig.

Zwei Tage vor dieser Demonstration in Cajamarca besuchte der **deutsche Botschafter in Peru, Herbert Beyer**, Cajamarca und sagte im lokalen Fernsehen: „Ich bin auf Einladung meines Freundes Roque Benavides gekommen. ... Ich habe lange mit den Leuten der Mine Yanacocha gesprochen und ich habe den Eindruck gewonnen, dass die Mine mit großer Sorgfalt arbeitet und dass keine Verschmutzung des Wassers und keine Gefahr für die Umwelt vorliegt. Entsprechende Gerüchte entbehren jeder Grundlage und sind politisch motivierte Stimmungsmache“. Diese Erklärung, die auch von den Zeitungen Cajamarcas veröffentlicht wurde, löste große Verärgerung aus. Roque Benavides ist übrigens der Großaktionär des peruanischen Anteils der Mine, Buenaventura S.A. In der Region spielen im Zusammenhang mit dem Goldabbau auch deutsche Steuergelder eine Rolle. Dass ein deutscher Botschafter derart einseitig die Partei der Großaktionäre ergreifen und die Bemühungen des Volkes (auch in Deutschland) derart verhöhnen kann, sollte unter der Verantwortung eines „grünen“ Außenministers auch von innenpolitischem Interesse in Deutschland selbst sein.

Die Gefahr, dass durch den von der Mine geplanten Goldabbau im Wasserschutzgebiet das Trinkwasser für Cajamarca eines Tages versiegen wird, wird von den Bürgern Cajamarcas inzwischen als die größte Gefahr angesehen. In dieser Einschätzung werden sie von Experten unterstützt, die auf die langfristigen Folgen hinweisen, die entstehen, wenn der gesamte Wasserhaushalt und Wasservorrat der Region von den Tätigkeiten der Mine tangiert werden. Selbst bei vorsichtigstem Vorgehen seitens der Mine ist es - bedingt durch die von Yanacocha bevorzugte Abbaumethode - nicht zu verhindern, dass die „Lebensadern“ (Wasser führende und Wasser speichernde Schichten) zerstört oder zumindest zerschnitten werden.

### **III: Ausländische (u.a. deutsche) Nichtregierungsorganisationen**

Vom 16. - 18. 11. 1999 fand an der Universität Cajamarca ein viel beachtetes Seminar statt, das von der neu entstandenen Bürgerbewegung („Ecovida“) zur Verteidigung der Umwelt organisiert wurde. Auf dem Seminar wurden von Ärzten die Zusammenhänge zwischen der Einnahme von mit Schwermetallen verseuchtem Wasser und bestimmten Krankheiten aufgezeigt; Fachleute aus anderen Bergbauregionen berichteten über dort entstanden Umweltschäden und generell über die „Politik der Minen“; Naturwissenschaftler berichteten über den Stand der Arbeiten in der Mine, über den Grad der Verseuchung (anhand „privat“ gemachter Messungen) und über die möglichen Folgeschäden für Mensch und Umwelt; Sozialwissenschaftler beschäftigten sich mit dem sozialen Wandel, wie er von der Mine verursacht wird und den wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Region. In dem abschließenden Podiumsgespräch sagten die Vertreter der Mine in letzter Minute ab. Von den zahlreichen ausländischen NRO war nur eine holländische Organisation anwesend. Gegen den Willen des Bischofs waren auf dem Seminar als Mitorganisatoren die Priester Marco Arana (als Referent und ehemaliger Pfarrer von Porcón und aktueller Pfarrer der Universität) und Francisco Centurión (Stellvertreter von Marco Arana als Studentenpfarrer, Diözesanbeauftragter für die Jugend und Pfarrer von Guadalupe - siehe auch die Partnerschaft St. Georg) vertreten. Zeitgleich zum Seminar erschienen in dem von der Mine finanzierten Wochenblatt „Noticias de la Sema-

na“ übelste Verleumdungen gegen die Initiatoren des Seminars, von denen die Falschmeldung, dass Marco Arana ein Expriester und Abtrünniger sei, noch die harmloseste Variante darstellt.

Vom 12. - 14. November 1999 fand in San Miguel der 6. Kongress aller Rondas des Departements Cajamarca statt. Themenschwerpunkt des Kongresses waren die Bedrohungen durch die Mine. Aus der Einladung: „Die Rückständigkeit und die Armut, in der wir leben, die Unterbeschäftigung und das herrschende Elend, existieren nicht, weil es der Wille Gottes wäre, sondern resultieren aus der Politik der Herrschenden, wie des Herrn Fujimori. Diese Politik besteht darin, dass die Räuber weiterhin auf Raubzug gehen, weiterhin töten und sich selbst mästen, indem sie die Reichtümer des Vaterlandes verkaufen. Sie wollen immer nur an der Macht bleiben, sie erzählen uns das Märchen von der Modernität und wollen doch nur ihre Gewinne machen. So wollen in einigen Provinzen unseres Departements einige Minengesellschaften Gold, Silber, Kupfer usw. ausbeuten. Sie bringen uns schwere Umweltschäden, Vergiftungen der Flüsse und was noch schwerer wiegt: sie bringen unser aller Leben in Gefahr“. Dieser Kongress wurde „naturgemäß“ von der Stadt kaum wahrgenommen, obwohl er in seinen Auswirkungen auf andere Regionen in ganz Peru, aus denen Beobachter eingeladen waren, eine nationale Bedeutung hat. Im Unterscheid aber zu den vorhergehenden Jahren berichteten zwei Lokalzeitungen über den Kongress und die Mitglieder der Bürgerbewegung suchten verstärkt den Kontakt zu den organisierten Campesinos. Die gemeinsame Bedrohung lässt Stadt und Land näher zusammenrücken.

#### **IV. Die GTZ im Dienste der „Sozialprogramme“ der Mine**

Wie ein Vertreter der Mine in einem Gespräch mit einer Delegation deutscher Partnergemeinden 1998 eingestand, haben die Verantwortlichen der Mine nicht damit gerechnet, dass sich eines Tages ein Widerstand gegen die Mine organisieren würde. In den Anfangsjahren hatte sich alles gut angelassen. Potentielle Bedenkenräger gegen die Mine wurden in jenen Jahren nach Nevada in die USA eingeladen, wo sie überzeugt werden konnten, dass die Arbeit der Mine für die Entwicklung des gesamten Departements von großer Bedeutung sein wird. Unter den Eingeladenen befanden sich der damalige Bürgermeister Luis Guerrero und der Dekan der Universität und damalige „Ökopapst“ von Cajamarca, Pablo Sánchez, der bereits in den siebziger Jahren mit umfangreichen Aufforstungen um Cajamarca herum begonnen hatte, ebenso Emilio Cacho, ein bekannter Ökologe. Hingegen war das Verhalten des Bischofs von Beginn an eindeutig. Auf seine Unterstützung konnte die Mine immer rechnen. Dies zeigte sich u.a. darin, dass er in den Anfangsjahren (1993 - 1995) den einzig Ernst zu nehmenden Widerstand gegen die Mine brechen half, indem er den damaligen Pfarrer von Porcón, Marco Arana, zum Studium nach Rom schickte. Doch nun machte man sich Sorgen um das bis dahin gute Image der Mine in der Bevölkerung, da die Mine seit einiger Zeit für alle Missstände in Cajamarca verantwortlich gemacht werde (Drogen, Kriminalität, Prostitution etc.). Auch in der Zentrale in den USA machte man sich zunehmend Sorgen um die Akzeptanz der Mine. Hintergrund dieser zunehmenden Sorge waren neben den lokalen Vorgängen in Cajamarca u.a. die Vorgänge in Venezuela, wo ein „linkspopulistischer“ Präsident gewählt wurde, der mit „antiimperialistischen“ Parolen den Wahlkampf bestritten hatte und um die in Zweifel stehende und möglicherweise nicht mit der Verfassung konforme dritte Amtszeit des peruanischen Präsidenten Fujimori.

Zwar gab es schon in den Anfangsjahren einige mit großem Werbeaufwand betriebene Sozialprogramme seitens der Mine, aber erst in den Jahren seit 1997 kam es zu einigen groß angelegten Sozialprogrammen (dazu später mehr), die sich in einer Größenordnung ab 10.000 Dollar bewegen. Über die „Geschenke“ der Mine schreiben die Campesinos von Porcón in dem schon zitierten Protest im Jahre 1993: „Yanacocha sagt, dass es ein Sozialprogramm hat, aber dies besteht darin, uns einige Wellbleche für unsere Dächer, Plastikstiefel und Ponchos aus Plastik und einige Hefte für unsere Schulen zu schenken. Sie kommen und filmen uns, verschenken einige Mützen und fotografieren uns und zeigen dies in der Stadt als Beweis dafür, dass sie uns unterstützen. Diese Geschenke erinnern uns an die Spiegel, die uns die Spanier vor 500 Jahren schenkten“.

Als 1995 mit großem Aufwand und mit **Unterstützung der GTZ** (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Deutschland) in Cajamarca ein Büro errichtet wurde, das die industrielle Wettbewerbsfähigkeit der Region stärken sollte (vergleichbar mit einer IHK, Industrie- und Handelskammer, in Deutschland), stiftete die Mine einen PC mit Drucker für diese neu geschaffene Institution, die INDECO-PI. Dies war den Zeitungen in Cajamarca noch eine groß aufgemachte Meldung wert. Ab 1999 ist dann von größeren Projekten die Rede.

## **V. Die Rolle der NRO (Nichtregierungsorganisationen - Stand 1999)**

Repräsentanten der Campesinos von Bambamarca, Porcón und Combayo (La Encañada) kommen zu dem Schluss: „Es existieren einige NRO, die Yanacocha helfen. Einige dieser NRO nennen sich sogar „ökologisch“ und behaupten, dass die Mine keine Verschmutzung des Wassers verursacht. Sie wenden ihre Nahrungsmittelprogramme und ihre Konzepte der Familienplanung unter der Oberaufsicht (Supervision) und in Koordination mit der Mine an“. ( in „Ambito, Lima, Nr. 19, August/September 1999).

Besonders auffällig war - und dies wurde von den Teilnehmern des Seminars entsprechend kommentiert - dass auf dem erwähnten Seminar über die Mine, das vom 16.- 18. November 1999 in der Universität Cajamarca stattfand, bis auf eine Ausnahme (eine holländische NRO) keine Vertreter der NRO anwesend waren. Man fürchtete zu Recht - wie dies in einem Gespräch bestätigt wurde - dass man bei einer Teilnahme hätte damit rechnen müssen, in Zukunft von lukrativen Aufträgen der Mine ausgeschlossen zu werden. Es waren auch Vertreter der Mine zu diesem Seminar eingeladen. Zuerst stellte die Mine Bedingungen, z.B. dass bestimmte Personen wie Marco Arana nicht am abschließenden Podiumsgespräch teilnehmen durften. Als darauf nicht eingegangen werden konnte, erschien auch zum Podiumsgespräch kein Vertreter der Mine. (Zu der Arbeit von NRO siehe auch den Beitrag: „Cajamarca - eine Diözese in den Anden Perus“.)

Über die Arbeit der NRO (und ausländischer „Entwicklungshilfe“) kann hier nicht grundsätzlich diskutiert werden. Nicht zu unterschätzen ist aber der Eindruck der Campesinos, dass selbst gut meinende NRO dazu neigen, aus „systemimmanenten“ Gründen ihre Aufmerksamkeit eher auf den eigenen Selbsterhalt als auf die Selbstentwicklung der Campesinos zu richten. Ebenso darf nie außer Acht gelassen werden, dass deutsche Steuergelder vorrangig dazu dienen sollen, die eigenen Interessen zu fördern (z.B.: aus Campesinos sollen Abnehmer deutscher Produkte werden) und außerdem die große Masse aller Gelder für Entwicklungshilfe in staatliche Großprojekte meist wenig demokratischer Regierungen fließt.

Fazit und offene Fragen: Wenn es um wirkliche Existenzprobleme der Ärmsten geht, lassen sich die NRO oft nicht sehen. Es gibt Riesenprojekte mit der Ökologie, dem Wasser usw., es gibt aber keine Stellungnahme gegen die Mine, die das alles in Gefahr bringt, wofür sich die NRO angeblich einsetzen. Einige arbeiten sogar mit der Mine zusammen, mit der Regierung (Agrarministerium) und allen lokalen Autoritäten. Das Volk (Bauern und Stadt) dagegen wird in einer existentiellen Bedrohung allein gelassen! Wem helfen also die NRO? Wo ist ihre Basisarbeit, d.h. wo arbeiten sie wirklich an der Basis, ausgehend von den Interessen der Ärmsten? Wo bleibt das Geld hängen? Die NRO machen im alten Trott weiter, verteilen Saatgut etc. und zuletzt sind sie auch maßgeblich für die starke Zunahme von Nahrungsmittelhilfe verantwortlich. Ziel einer NRO ist eigentlich die Hilfe zur Selbsthilfe, doch es geschieht oft das Gegenteil: die Campesinos sind abhängiger als vorher. Vermehrte Nahrungsmittelhilfe zementiert Abhängigkeit. Auch die Kirche macht bestenfalls, ebenfalls wie viele NRO, die „Sozialarbeit“ der Mine. Analog zur Frage: mit wem haben die deutschen Gemeinden eigentlich eine Partnerschaft muss man fragen: Wen unterstützen deutsche Basisgruppen wirklich? Dies mag bei staatlichen Stellen, GTZ etc. klar sein, weil staatliche Entwicklungspolitik bestimmte Interessen verfolgt. Was aber ist mit der „Welthungerhilfe“, „Brot für die Welt“ etc., die eine große Zahl von NRO auch in Cajamarca finanzieren? Ein Grundproblem scheint darin zu liegen, dass alle Projekte mit Mitarbeitern arbeiten (müssen), deren Arbeitsplatz und soziale Stellung von der Existenz einer NRO und von „immer währenden“ Projekten abhängt.

## VI. Die Rolle der Deutschen

Über den Auftritt des deutschen Botschafters in Cajamarca wurde schon berichtet. Als sich Ende 1998, Anfang 1999 der Verdacht auf eine Gefährdung des Trinkwassers von Cajamarca bestätigt hatte, erhielt auch das Auswärtige Amt (gerichtet an Herrn Bundesminister Josef Fischer) im März 1999 ein Schreiben aus Cajamarca, in dem a) auf die deutsche Beteiligung an der Finanzierung der Kredite an den peruanischen Staat im Zusammenhang mit dem Minenprojekt (und die damit zusammenhängende Verantwortung gegenüber den Menschen vor Ort) b) auf bereits feststehende Gefährdungen durch das Minenprojekt und c) auf möglichen Missbrauch der Mittel für den Wahlkampf des Präsidenten hingewiesen wird. In einer Antwort des Auswärtigen Amtes vom 2. Juni 99 wird äußerst knapp nur auf den dritten Punkt eingegangen: „Eine Bestätigung der von Ihnen vorgebrachten Vorwürfe gegen die in Cajamarca durchgeführten oder geplanten Projekte der deutschen EZ hat sich bei einer sehr sorgfältigen Überprüfung nicht ergeben. So ist die deutsche Seite in den genannten Projekten entweder direkt für die Mittelzuweisung verantwortlich oder hat eine Kontrolle darüber. Ein Missbrauch entsprechender Mittel für Wahlkampfzwecke ist somit ausgeschlossen. Ihre Angaben zur Qualität des Trinkwassers in Cajamarca konnten nach unseren Informationen durch anderweitige Untersuchungen nicht erhärtet werden“.

Neben dem Besuch des deutschen Botschafters in Cajamarca, in dem deutlich wird, woher und mit welchem Interesse deutsche Botschaften (und Regierungen) ihre Informationen beziehen, zeigt ein Briefwechsel aus dem Jahre 1995 deutlich, wie es deutschen Gruppen ergeht, wenn sie im Bunde mit ihren betroffenen Partnern die Stimme erheben und auf Missstände hinweisen. Eine deutsche Gruppe hatte in einem Schreiben an das BMZ auf die schon beschriebenen Missstände (Landaneignung, Entschädigungsfrage, Verschmutzung) aufmerksam gemacht und auf die deutsche Beteiligung daran (u.a. auch deutsche Subunternehmen, wie z.B. Züblin) hingewiesen. In einem **Antwortbrief des BMZ vom 17.11.1995** wird zuerst bestritten, dass überhaupt eine Verantwortung von deutscher Seite vorliegt. Dies geschieht u.a. mit dem Hinweis, dass die beschriebenen Missstände nicht innerhalb des Konzessionsbereiches der Mine Yanacocha liegen würden (und nicht gehören wird!) und zudem diese Missstände von der Vergangenheit, also vor der Tätigkeit der Mine, herrühren. Weiter heißt es:

„Wir legen Ihnen hierzu unsere kürzliche Stellungnahme des BMZ bei, die u.a. das umfangreiche sozio-ökonomische Investitions- und Kooperationsprogramm der Yanacocha - Minengesellschaft beschreibt. Ferner fügen wir ein Fax vom 7.11. 1995 bei, mit dem uns die Minera Yanacocha S.A. ausdrücklich bestätigt, dass sie keine Probleme mit den umliegenden Gemeinden hat. Der dem Schreiben als letzte Anlage beigefügte Artikel aus der Financial Times vom 3. 2. 1995 bestätigt ausdrücklich das soziale, ökologische und beschäftigungspolitische Engagement der Yanacocha - Gesellschaft“.

In der **offiziellen Stellungnahme des BMZ** (gestützt auf das Gutachten der DEG) werden dann u.a. folgende Punkte ausgeführt:

1. „Wir stehen auch mit anderen Kirchengemeinden, die Partnergemeinden in Nordperu und der Projektregion Yanacocha haben, in Kontakt. Bis jetzt konnten alle Fragen zufrieden stellend beantwortet werden, und entsprechende Vorwürfe wurden nach einem Besuch von Kirchenvertretern in der Mine nicht mehr aufrecht erhalten. Nach Abschluss der ersten Erwerbsrunde aufgetretene Meinungsverschiedenheiten und Unzufriedenheiten sind nachträglich z. T. durch Zusatzzahlungen und Bereitstellung von Ersatzland ausgeräumt worden.
2. Dass der Staat Peru einen Teil seiner Einnahmen aus Konzessionsgebühren und Steuern auch zur Begleichung seiner internationalen Schulden verwendet, ist normale Budgetpraxis. Natürlich tragen auch diese Einnahmen im Rahmen des allgemeinen Haushalts zur Entwicklungsfinanzierung aller peruanischen Regionen bei.
3. Nach Auskunft der Minengesellschaft Yanacocha ist auf keinen früheren Landbesitzer Druck ausgeübt worden, Land unter Wert zu verkaufen. Der von der peruanischen Regierung angegeben Taxwert ist weit überschritten worden.

4. Uns ist nichts von Abwanderungsbestrebungen oder Druck hierzu durch das Bergbauprojekt bekannt. Befürchtungen schwerer Umweltschäden sind sachlich nicht begründet, da alle technisch möglichen Vorkehrungen getroffen worden sind. Die Mine ist bereit, alle konkreten Anfragen hierzu zu beantworten.
5. Es trifft zu, dass zum Herauslösen des Goldes aus dem Erz Zyanidverbindungen verwendet werden. Dies ist ein aufbereitungstechnisches Standardverfahren, auch in allen industrialisierten Ländern. Die Gefährdung von Boden, Wasser und Luft sowie direkter Kontakt für Menschen wird durch technische Vorkehrungen ausgeschlossen.
6. Nach unserer Kenntnis ist das Abbaugelände von Yanacocha nicht landwirtschaftlich genutzt. Ackerbau und sinnvolle Viehwirtschaft sind durch Klima und Vegetation dieser hochgelegenen, felsigen Region nahezu ausgeschlossen.
7. Auch in Peru werden besondere Vorschriften des Trinkwasserschutzes - insbesondere von der Minera Yanacocha S.A. - beachtet. Uns ist bisher keinerlei Beeinträchtigung von Wasserläufen durch das Bergwerk bekannt. Die Wasserläufe werden ständig analytisch überwacht; die Messprotokolle können eingesehen werden.
8. Das Unternehmen Minera S. A. zerstört nicht die Lebensgrundlagen der dortigen Bevölkerung: Von dem Fortbestehen der Bergbauaktivitäten profitiert die Region. Durch erhebliche Konzessionsabgaben und Steuerzahlungen tragen alle Wirtschaftsunternehmen zur Strukturpolitik in Peru bei.

Wir hoffen, Ihnen mit dieser Stellungnahme gedient zu haben. DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH“.

Die DEG unterstützt als bundeseigenes Institut derzeit 16 Projekte in Peru mit einem Volumen von 90 Millionen DM. Peru gehört zu den neuen Schwerpunktregionen der DEG. Dahinter steckt laut eigenem Selbstverständnis das Konzept: Profitabel wirtschaften und dabei die entwicklungspolitischen Aufgaben dennoch erfüllen.

### **Zwei Zitate der Kirche von Cajamarca zum Abschluss - aus dem Jahre 1993!**

**1. Im November 1993** informiert die „Vicaría de Solidaridad“ (genauer: Marco Arana) die Öffentlichkeit über die Vorgänge (Vertreibung der Campesinos) in Porcón. Der Aufruf endet mit folgenden Worten: „In dieser Situation muss die Kirche anmahnen, dass die Erde und ihre Güter von Gott geschaffen wurden zum Segen für alle Menschen. Es ist notwendig zu sagen, dass es eine große Sünde wäre, die Macht und den Reichtum auszunutzen, damit ‚der Arme seinen Prozess bei Gericht verliert‘ (Am 5, 12) und ‚auf diese Weise mit dem Leben des Armen spielen für ein bisschen Geld‘ (Am 8, 4-8). In dieser Situation sieht die Kirche eine schwere soziale Sünde, die im Herzen derer beherbergt ist, die auf ihrem Lager Unheil planen und Böses ersinnen. Und wenn es Tag wird, führen sie es aus, denn sie haben die Macht dazu. Sie wollen Felder haben und reißen sie an sich. Sie wenden Gewalt an gegen den Besitzer und sein Eigentum.‘ (Mich 2,1).

Darum erhebt die Kirche ihre Stimme und sagt:

- den Besitzern und Vertretern der Mine: Das legitime Recht, die Erde zu bebauen, ist zum Segen für alle Menschen und kann nicht zum Vorteil einiger Weniger auf Kosten der Mehrheit der Armen in den Anden benutzt werden, denen man ihr Land rauben will.
- Den politischen und zivilen Behörden in der Stadt und im Land: Sie sind in ihre Ämter gewählt worden, um die Rechte des Volkes zu verteidigen. Wachen Sie darüber, dass wahre Gerechtigkeit herrsche und verschließen Sie nicht Ihre Augen und Ohren vor den Klagen der betroffenen Campesinos.
- Den betroffenen Campesinos: Jesus Christus hat gesagt: ‚Ich bin gekommen, damit Ihr das Leben in Fülle habt‘. (Joh.10,10). Ihr habt das Recht, Euren Besitz zu verteidigen und Eure Rechte einzufordern. Die Kirche schützt Euch und solidarisiert sich mit Euch Allen in Wort und Tat“.

**2. Zitat des ehemaligen Bischofs von Cajamarca, José Dammert**, der nicht aus der Sicht der Sieger, sondern aus der Sicht der Opfer die Situation wahrnimmt und deutet: „Damit die ausländischen Investitionen auch zu einer wahrhaften Entwicklung der Region führen, müssen die Mechanismen so verändert werden, dass die Campesinos von Porcón selbst die Rahmenbedingungen der Entwicklung bestimmen. Es genügt nicht ein abstraktes ‚wirtschaftliches Wachstum‘ der Region. Was wir anstreben ist eine ganzheitlich menschliche Entwicklung, in der die Reichtümer der Erde, in diesem Fall das Gold, für eine bessere Erziehung, für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse, für eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Flächen und Anbaumethoden zu Gunsten derer genutzt werden, die bisher von jeglichem Fortschritt ausgeschlossen waren“. (März 1993, Abschiedsrede an der UNC).